

Stand: 06.06.2026 00:19:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10003

"Volksbefragung zu Freihandelsabkommen - Keine Zustimmung Bayerns im Bundesrat zu TTIP, CETA und TiSA ohne Zustimmung der bayerischen Bevölkerung!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10003 vom 16.02.2016
2. Beschluss des Plenums 17/10073 vom 17.02.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 65 vom 17.02.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Volksbefragung zu Freihandelsabkommen - Keine Zustimmung Bayerns im Bundesrat zu TTIP, CETA und TiSA ohne Zustimmung der bayerischen Bevölkerung!

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Über das geplante umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) soll gemäß Art. 88a Abs. 1 Landeswahlgesetz (LWG) eine Volksbefragung durchgeführt werden, sobald es auf europäischer Ebene erfolgreich abgeschlossen wurde und sofern es im Bundesrat ratifiziert werden muss.
Die konkrete Fragestellung der Volksbefragung soll den folgenden Wortlaut erhalten:
„Soll die Bayerische Staatsregierung einer Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada, namentlich ‚Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen‘, bzw. ‚Comprehensive Economic and Trade Agreement‘ (CETA), im Bundesrat zustimmen?“
- II. Die Staatsregierung wird aufgefordert,
 1. gemäß Art. 88a Abs. 1 LWG einen gleichgerichteten Beschluss über die in Rede stehende Volksbefragung herbeizuführen. Die Durchführung der Volksbefragung soll unter der Maßgabe erfolgen, dass die bayerischen Bürgerinnen und Bürger neutral und umfassend über die Inhalte mit ihren Chancen und Risiken für Bayern, Deutschland und Europa informiert werden.
 2. die Ergebnisse der Volksbefragung bei einer Ratifizierung von CETA im Bundesrat vollständig zu berücksichtigen.

Begründung:

Öffentliches Interesse:

Die geplanten internationalen Handelsabkommen CETA, TTIP und TiSA stoßen seit geraumer Zeit auf ein gewaltiges öffentliches Interesse. So haben erst im vergangenen Oktober etwa 250.000 Menschen aus dem Bundesgebiet gegen CETA, TTIP und TiSA in Berlin demonstriert. Im Rahmen der europaweiten Initiative „STOP TTIP“ wurden zudem gegen TTIP und CETA innerhalb eines Jahres knapp 3,3 Millionen Unterschriften gesammelt, darunter über 1,6 Millionen Unterschriften aus ganz Deutschland. Gefürchtet werden unter anderem eine Aufweichung unserer Standards in den Bereichen Umwelt, Soziales, Verbraucherschutz, Kultur, Bildung, Gesundheit und Datenschutz, aber auch ein neuer Liberalisierungsdruck im Bereich öffentlicher Dienstleistungen wie der Trinkwasserversorgung. Neben mangelnder Transparenz in den Verhandlungen wird auch ein möglicher Verlust des „right to regulate“ durch die regulatorische Zusammenarbeit und der Investitionsschutz beklagt. Die Meisterpflicht und damit unser bewährtes duales Ausbildungssystem können, so die Befürchtungen, ebenso wie unser Mittelstand und unsere bayerische Landwirtschaft erheblich unter Druck geraten. Insbesondere gilt für CETA – im Gegensatz zu TTIP –, dass das Kapitel zum Investorenschutz weiterhin die heftig umstrittenen Schiedsgerichte zur Klärung von Investor-Staat-Streitigkeiten vorsieht. Das von der EU-Kommission vorgeschlagene System eines Investitionsgerichtshofs ist nicht Teil von CETA. Eine erneute Öffnung der Verhandlungen ist hierfür auch nicht beabsichtigt und die Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der laufenden Rechtsförmlichkeitsprüfung sind zu begrenzt, als dass es hier substantielle Nachbesserungen im Vertragstext geben kann. Die allgemeine Skepsis gegenüber diesen drei Abkommen ist auch speziell in Bayern groß. Einer TNS Emnid-Umfrage aus dem vergangenen November zufolge, halten aus diesen und weiteren Gründen 55 Prozent aller Bayern TTIP für eine „schlechte Sache für Deutschland“. Aufgrund dessen soll zunächst eine bayernweite Volksbefragung über das bald erwartete CETA-Abkommen durchgeführt werden.

Landesweite Bedeutung:

Die geplanten Abkommen CETA, TTIP und TiSA sind nicht nur aufgrund des öffentlichen Interesses von besonderer landesweiter Bedeutung: Sollte es sich hier um „gemischte“ Abkommen handeln, dann weil Bestimmungen auch in den Kompetenzbereich von Bund und Ländern fallen. Somit sprechen für eine

Volksbefragung nicht nur das enorme öffentliche Interesse und die möglichen Auswirkungen dieser Abkommen auf unser gesellschaftliches Zusammenleben im Freistaat, sondern eben auch kompetenzrechtliche Erwägungen, die eine Ratifizierung durch die Länder notwendig machen. Hier muss der Freistaat den Willen des bayerischen Volkes vollumfänglich vertreten.

Bedingungen für die hier beantragte Volksbefragung:

Nachdem schon am 26. September 2014 die Verhandlungen über das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada abgeschlossen wurden, ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur noch eine Frage von Monaten, bis es zu einem Abschluss des ersten der drei in Rede stehenden Abkommen durch den Rat und das Europaparlament kommen könnte. Immerhin kündigte die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung „Handel für alle – Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik“ an, dieses Abkommen „möglichst früh im Jahr 2016“ dem Rat und dem Parlament zuzuleiten. Zeitlich ist eine Abstimmung im Rat und im Europaparlament mit der anschließenden Ratifizierung durch den Bundesrat daher absehbar. Zwar wurde noch nicht abschließend darüber befunden, ob es sich bei CETA um ein „gemischtes“ Abkommen handelt und deshalb die nationalen Parlamente zwingend einbezogen werden müssen. Dafür spricht aber die Aussage des Rats vom Mai 2014, dass er nur einem „gemischten“ CETA-Abkommen zustimmen werde. Dies deckt sich auch mit der Haltung der Bundesregierung. Auch die Vorsitzenden der zuständigen Ausschüsse aus 21 nationalen Parlamenten teilen laut eines gemeinsamen Briefs an den ehemaligen Außenhandelskommissar Karel de Gucht vom 25. Juni 2014 die Auffassung, dass es sich bei CETA um ein gemischtes Abkommen handelt. Zur gleichen Meinung kommt COSAC, die Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europaangelegenheiten der nationalen Parlamente in der Europäischen Union, die sich im 23. Zweijahresbericht vom 6. Mai 2014 wiederfindet.

Rechtliche Voraussetzungen und Modalitäten der beantragten Volksbefragung:

Gemäß Art. 88a Abs. 1 LWG sind für die Durchführung einer Volksbefragung entsprechende Beschlüsse des Bayerischen Landtags als auch der Staatsregierung erforderlich. Mit den Punkten I. und II. Nr. 1. des Antrags soll dieser notwendigen Bedingung Rechnung getragen werden, indem der Landtag einen entsprechenden Beschluss fasst und die Staatsregierung zu einer gleichgerichteten Beschlussfassung aufgefordert wird. Für die Durchführung der Volksbefragung sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Der Zeitpunkt:

Die Volksbefragung soll durchgeführt werden, sobald CETA auf europäischer Ebene erfolgreich abgeschlossen wurde und eine Ratifizierung durch den Bundesrat notwendig wird.

2. Information der bayerischen Bürger:

Die Staatsregierung soll für eine sachgerechte Meinungsbildung im Vorfeld der Befragung sorgen. Hierfür sollen dem Teilnehmerkreis der Befragung hinreichende Informationen über die Inhalte und Folgen zur Verfügung gestellt werden.

3. Bindungswirkung der Volksbefragungen für das Handeln der Staatsregierung:

Zwar haben Volksbefragungen keinen verbindlichen Charakter, doch soll auf Basis des hier vorliegenden Antrags die Staatsregierung durch den Landtag aufgefordert werden, ihr Abstimmungsverhalten im Bundesrat vollumfänglich am Meinungsbild der bayerischen Bevölkerung auszurichten.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/10003

Volksbefragung zu Freihandelsabkommen – Keine Zustimmung Bayerns im Bundesrat zu TTIP, CETA und TiSA ohne Zustimmung der bayerischen Bevölkerung!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Mechthilde Wittmann

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Claudia Stamm

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Erwin Huber

Abg. Thomas Mütze

Abg. Johann Häusler

Abg. Thomas Gehring

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe jetzt zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Volksbefragung zu Freihandelsabkommen - Keine Zustimmung Bayerns im Bundesrat zu TTIP, CETA und TiSA ohne Zustimmung der bayerischen Bevölkerung! (Drs. 17/10003)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

TTIP, CETA, TiSA ablehnen (Drs. 17/10028)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

CETA ablehnen - Transparenz herstellen - Bevölkerung beteiligen (Drs. 17/10029)

Kolleginnen und Kollegen – –

(Unruhe)

Soll ich die Sitzung unterbrechen? Plauderstunde?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lieber nicht!)

Bevor ich die gemeinsame Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Mittlerweile haben auch die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung zu ihren Dringlichkeitsanträgen beantragt. Ich eröffne jetzt die Aussprache zu diesen Anträgen und darf Herrn Kollegen Aiwanger als Erstem das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER eine Volksbefragung in Bayern zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind der Überzeugung – und das sieht jeder, der sich mit der Materie auseinandersetzt –, dass diese Freihandelsabkommen wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Weichen für die nächsten Jahrzehnte stellen werden. Es geht aber nicht, eine Verhandlungsführung zu akzeptieren, wie wir sie derzeit vorfinden. Hinter verschlossenen Türen, teilweise von Lobbyisten gesteuert, werden Verhandlungen geführt, die der breiten Öffentlichkeit vorenthalten werden. Mittlerweile wird jetzt bei TTIP als großer Transparenzerfolg gefeiert, dass Bundestagsabgeordnete nach einer gewissen Anmeldefrist in einem Lesesaal für zwei Stunden in den englischen Texten blättern dürfen, ohne einen Übersetzer dabeizuhaben oder anschließend mit Fachleuten über dieses Thema reden zu können. So geht es nicht, meine Damen und Herren!

Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb: Die bayerische Bevölkerung muss gefragt werden, wie sie zu diesen Handelsabkommen steht. Wir fordern: Keine Zustimmung zu diesen Abkommen ohne ein klares Ja der bayerischen Bevölkerung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Position der FREIEN WÄHLER ist dabei genauso klar wie logisch: Diese Handelsabkommen richten mehr Schaden als Nutzen an. Sie gehen über das hinaus, was man üblicherweise mit Handelsabkommen verbindet. Es wird bis in die gesellschaftspolitischen und kulturellen Gegebenheiten hinein Veränderungen und Verwerfungen geben. Kommunen, Mittelstand und Kulturschaffende, aber auch die Verbraucher werden hier an die Wand gespielt, um den Konzerninteressen Tür und Tor zu öffnen. Wir sind davon überzeugt, dass diese Handelsabkommen eine Nummer zu groß sind. Das sind keine Handelsabkommen, sondern das sind gesellschaftspolitische Abkommen,

die unbegründet sind. Diese Abkommen führen zu weit. Wir sind deshalb der Überzeugung, dass wir Probleme dort, wo es handelspolitische Hemmnisse gibt, die im Einzelfall vielleicht durchaus abgeschafft gehören, gezielt aus dem Weg räumen müssen.

Wir dürfen aber nicht um irgendwelcher wirtschaftspolitischer Zielsetzungen willen alles über Bord werfen, was sich bewährt hat. Wir sehen Bewährtes, Traditionen, wirtschaftspolitische Strukturen massiv gefährdet, beispielsweise beim Mittelstand sogar die Meisterpflicht, um nur ein Beispiel zu nennen. Wir lehnen die Handelsabkommen derzeit ab; denn wir sagen: Was in diesen Abkommen steht, das ist so nicht unterschriftsfähig, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie jetzt zum Händeschütteln den Saal verlassen wollen, richte ich meinen Appell an Sie. Sie sind Vater des Gedankens, eine Koalition mit den Bürgern einzugehen. Sie wollen Politik quasi im Gleichschritt mit der bayerischen Bevölkerung machen. Sie wissen, dass die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung diese Handelsabkommen ablehnt. Ein weiterer großer Teil der Bevölkerung sieht die Abkommen sehr kritisch. Ich bitte Sie deshalb: Nutzen Sie Ihr neues Instrument, das neue Werkzeug, das Sie in die Verfassung gebracht haben, nämlich die Volksbefragung! Eine Mehrheit dieses Landtags und die Mehrheit Ihrer Regierung müssten den Weg freimachen, um die Meinung der Bürger einzuholen, also derer, mit denen Sie nach Ihren Worten die Koalition eingegangen sind. Drücken Sie sich nicht weg, gehen Sie diesen Weg. Damit werden Sie sich ein bleibendes Monument in Bayern setzen, das über den Alltag – –

(Zuruf von der CSU: Hört, hört! – Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sehen, Herr Ministerpräsident, ich bin bemüht, Ihnen zu helfen, bleibende Monumente in Bayern zu setzen. Ich bitte Sie, nehmen Sie das ernst. Ich habe bereits bei

Ihrer Regierungserklärung im Herbst 2013 an Sie appelliert, sich intensiv um diese Handelsabkommen zu kümmern. Offensichtlich ist da aber zu wenig passiert. Im Herbst 2014 waren dann die Verhandlungen über CETA abgeschlossen. Wir hätten ein Jahr lang Zeit gehabt, darauf einzuwirken. Nun haben Sie die Schiedsgerichte in dem Abkommen stehen. Die Schiedsgerichte sind inakzeptabel. Sie stehen aber in dem Abkommen drin. Stellen Sie sich hier an die Spitze der Bewegung. Machen Sie bei der dritten Startbahn zeitnah, was die Mehrheit der Bevölkerung will, sagen Sie Nein zur dritten Startbahn; machen Sie zeitnah den Weg frei für eine Volksbefragung zu diesen Handelsabkommen!

Wir werden dann die bayerische Bevölkerung gemeinsam sinnvoll beraten mit dem Ergebnis, diese Handelsabkommen abzulehnen.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Ja, klar!)

Diese Abkommen werden am Ende Bayern kaputt machen. Setzen Sie sich deshalb ein Monument in Bayern. Kämpfen Sie mit uns gegen diese Handelsabkommen. Machen Sie den Weg frei für die Volksbefragung.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Wittmann das Wort erteilen.

(Zuruf der Abgeordneten Mechthilde Wittmann (CSU) – Heiterkeit bei der CSU)

Mechthilde Wittmann (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schwer für mich, aber ich habe, als ich zum Podium gegangen bin, dem Herrn Ministerpräsidenten zugerufen, dass ich ihm aufgrund der Verfassung das Fundament seines Monuments entziehen muss. Herr Kollege Aiwanger, Sie beantragen in Ihrem Dringlichkeitsantrag – um die Debatte wieder zum Ernst zurückzuführen – eine Volksbefragung, wie wir sie in Artikel 88a des Landeswahlgesetzes eingeführt haben, über die Freihandelsabkommen. Seit dem

Vertrag von Lissabon, Herr Kollege, sind Freihandelsabkommen in der Kompetenz der Europäischen Union und dort der Kommission. In einigen wenigen Fällen gelingt es uns hoffentlich bzw. thematisch in wenigen Fällen – aber in allen Freihandelsabkommen ist das vorgesehen –, sie zumindest einer Abstimmung in unseren beiden Kammern des Bundes zugänglich zu machen.

Im Landeswahlgesetz heißt es: "Über Vorhaben des Staates mit landesweiter Bedeutung ...". Das Freihandelsabkommen, ob es CETA, TTIP oder TiSA heißt, ist kein Vorhaben des Freistaates Bayern. Dann wäre es einfach für uns, dann würden wir es nämlich verhandeln. Sie können sich darauf verlassen, dass die Landesregierung des Freistaates Bayern sowie die Mehrheitsfraktion hier im Hause dann das Richtige aushandeln würden. Dann hätten wir alle es ganz einfach.

(Beifall bei der CSU)

Langer Rede kurzer Sinn: Das Verfassungsrecht entzieht uns die Grundlage, darüber überhaupt eine Volksbefragung zu machen. Es gibt dazu eine eindeutige Rechtsprechung des Verfassungsgerichts, die noch ein Stück weiter geht und einen weiteren Punkt Ihres Antrags, die Nummer 2, aufgreift, nämlich eine mögliche Volksbefragung – also eine informatorische Befragung des Volkes, wenn ich mir erlauben darf, es auszulegen – für die Mitglieder im Bundesrat bindend zu machen. Spätestens da ist dann aber wirklich Schluss; denn genau dazu hat das Bundesverfassungsgericht schon Recht gesprochen und entschieden, dass dies auf keinen Fall sein kann.

Insoweit bleibt uns schon aus rein rechtlichen Gründen nichts anderes übrig, als Ihren Dringlichkeitsantrag ebenso wie den sich in der Fülle ungefähr an Ihren Prozentzahlen messenden Dringlichkeitsantrag der SPD abzulehnen, weil sie Verfassungsrecht einfach nicht entsprechen.

Ich glaube, dass diese Freihandelsabkommen aber viel zu wichtig sind, als dass wir uns hier nur rein auf die Fragen der Zulässigkeit beschränken sollten. Wir sollten schon ein paar Worte dazu verlieren, was sie denn für uns eigentlich bedeuten, warum

die Bürger die Debatte über die Freihandelsabkommen kritisch begleiten. Ich möchte Ihnen gleich am Anfang noch zurufen: Es ist uns, wie ich meine, in den vergangenen Monaten sehr gut gelungen, von Bayern, dieser wirtschaftsstarke Region, aus, in Europa nachdrücklich in unserem Sinne für Veränderungen und für Bewegung in diesem Verhandlungsprozess zu sorgen. Das sollten wir weiterhin mit gemeinsamer Stimme tun; denn nur dann werden wir gehört werden.

(Beifall bei der CSU)

Um den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN noch aufzugreifen, möchte ich Ihnen eines an dieser Stelle sagen: Sie zitieren hier beispielsweise rein inhaltlich, dass in CETA Kontingente für Milch und Fleisch festgelegt wären, was eine ganz besonders gefährliche Ausprägung eines Freihandelsabkommens sei. – So ist es aber nicht. Ganz offenkundig – und das stimmt mich mittlerweile bedenklich – haben Sie das schlicht nicht verstanden. In CETA ist ausgehandelt, dass freier Handel dort eingeschränkt ist, wo er für unsere Wirtschaft, in dem Fall für die Landwirtschaft, zu einem Problem würde. Es ist in unserem Sinne, insbesondere in bayerischem Sinne verhandelt,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das glauben Sie!)

dass mit kleinen Kontingenten, was Fleisch und Milch betrifft, gearbeitet werden kann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das glauben Sie!)

Beispielsweise ist es auch völlig verboten, jegliche Art von Klonfleisch in die Europäische Union einzuführen. Es ist uns gelungen, unsere Kritikpunkte einzuführen, weil wir Freihandelsabkommen kritisch begleiten.

Meine Damen und Herren, vor der Herausforderung dessen, was uns in diesen Monaten und Jahren erwartet, brauchen wir ein wirtschaftlich prosperierendes Land Bayern. Es ist Bayern, das in dieser Bundesrepublik

(Beifall bei der CSU)

viel stemmen muss, worüber die anderen wohlfeil reden, aber es nicht schaffen, die Lage weder wirtschaftlich noch sonst wie in irgendeiner Form,

(Beifall bei der CSU)

und zwar insbesondere dort, wo Ihre Damen und Herren mitregieren, zu heben. Wir brauchen es! Neben dem, was wir innerhalb Bayerns erwirtschaften können, sind wir darauf angewiesen, uns über den Außenhandel weitere Märkte zu erschließen. Dies müssen wir so tun, dass es im Sinne Bayerns und im Sinne der mittelständischen Unternehmen ist, damit wir auf diese Art und Weise mit hoch qualifizierten Arbeitskräften und all dem, was Bayern und seine Handelskraft ausmacht, weiterkommen und das erwirtschaften können, was Sie in den anderen Bundesländern so gerne verbrauchen.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich noch auf einen weiteren Punkt eingehen. Die kommunale Daseinsvorsorge, die Sie hier überall so nett ansprechen, ist in der Tat weder in CETA noch, soweit wir es bisher kennen, in TTIP in irgendeiner Form angegriffen. Über TiSA brauchen wir überhaupt nicht zu reden; denn dazu gibt es überhaupt noch keine Kenntnis von irgendetwas. Deswegen können wir es derzeit nicht beurteilen. Wir können an dieser Stelle nicht etwas ablehnen, wovon wir nicht einmal wissen, wie es aussehen soll. – Herr Kollege Aiwanger, ich verstehe Sie an diesem Punkt wirklich überhaupt nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich verstehe Sie nicht!)

Das Erste, was Sie zur Begründung Ihres Antrag erklärt haben, ist: Wir müssen das Volk deswegen befragen, weil keiner weiß, was drinsteht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das habe ich gar nicht gesagt!)

– Selbstverständlich! Die Verhandlungsführung sei höchst gemein – geheim.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

– Und gemein ist sie auch, da bin ich Ihrer Meinung. Sie wissen, dass ich das landauf und landab sogar manchmal sage. Ich sage: Wir müssen mit aller Kraft dagegenhalten. Das werden wir aber sicher nicht dadurch erreichen, indem wir einfach Nein sagen und uns inhaltlich in keiner Weise damit beschäftigen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir fordern die Abstimmung dann, wenn ausgehandelt ist! Wenn ausgehandelt ist, dann wird abgestimmt! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Genau! Deswegen werden wir heute auch solche Anträge nicht beschließen. Das ist genau der Grund, Herr Kollege Aiwanger.

(Beifall bei der CSU)

Das heißt, Sie haben sich mal wieder selbst widersprochen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Unruhe)

Sie haben mitgeteilt, es sei ein großer Schaden – –

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bitte, dass man die Frau Kollegin reden lässt, damit wir ihr auch gut zuhören können. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Mechthilde Wittmann (CSU): In dieser Abteilung des Hauses ist weder Zuhören noch Lesen besonders ausgeprägt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn Sie gelesen hätten!)

Sie haben ferner mitgeteilt, es gäbe einen großen Schaden für die bayerische Wirtschaft, weil die Verbraucher zugunsten von Konzerninteressen an die Wand gespielt würden. – Meine Damen und Herren, die Konzerne lachen darüber. Die Konzerne produzieren vor Ort, die Konzerne haben die Zulassungen und die Rechtsabteilungen vor

Ort. Die Konzerne haben die Probleme nicht, sondern Freihandel ist etwas, was insbesondere dem spezialisierten Mittelstand, der nirgendwo so stark ist wie im Freistaat Bayern, helfen kann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Obama und Merkel zerbrechen sich den Kopf über den bayerischen Mittelstand? – Dass ich nicht lache!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Aiwanger, ich würde Sie einfach bitten, dass es das jetzt war. – Bitte schön, Frau Kollegin.

(Markus Rinderspacher (SPD): Fürs Erste!)

Mechthilde Wittmann (CSU): Herr Kollege Aiwanger, ich habe zu keinem Zeitpunkt gesagt, dass sich Herr Obama irgendwie den Kopf zerbricht. Der Kopf von Herrn Obama ist mir nämlich wurscht! Ich habe Ihnen gesagt: Diese Freihandelsabkommen bieten eine Chance für unseren Mittelstand. Diese Chance bieten sie dann, wenn die Europäische Kommission vernünftig und mit Augenmaß handelt. Eine rote Linie, die Sie nie erwähnen, die Sie vermutlich nicht kennen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir sind alle dümmer als Sie!)

ist zum Beispiel die, dass wir die Zugänge zu den öffentlichen Märkten haben. Die Zugänge zu den öffentlichen Märkten werden unserer Wirtschaft helfen. Da werden wir verhandeln müssen, und wir werden weiter dahinter her sein. Wenn Sie meinen, dass wir das nur dadurch erreichen könnten, dass wir immer nur Nein schreien, halte ich Ihnen entgegen: Es gibt einen Einzigen in diesem Land, der wirklich Einfluss nehmen kann auf die Verhandlungsführung und darauf, was dort stattfindet: Das ist der Bundeswirtschaftsminister Gabriel von der SPD. Ich würde vorschlagen, dass die SPD hier keine dünnen Dringlichkeitsanträge stellt, um auch mit dabei zu sein, sondern dass sie mit Ihrem Wirtschaftsminister spricht. Lassen Sie ihn so Einfluss nehmen, wie das in Ihrem Sinne sein sollte. Nach allem, was ich sehe, sagt er das Gegenteil von dem, was in Ihrem Dringlichkeitsantrag steht.

(Beifall bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Genau! Sehr gut!)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, darf ich Sie bitten, zum Rednerpult für eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Professor Dr. Piazolo zurückzukommen? – Bitte schön. Der Herr Kollege hat jetzt das Wort. Bitte.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Wittmann, in einem stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, nämlich darin, dass die Verhandlungsführung bei dem Abkommen wirklich gemein und geheim ist, also beides. Das gilt insbesondere dann, wenn man weiß, dass die Abgeordneten, die sich das Abkommen anschauen, nachher überhaupt nicht über den Inhalt reden dürfen und strafrechtlich verfolgt würden, wenn sie dies täten. Das ist ein großes Problem bei TTIP.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Bemerkung: Sie haben uns jetzt deutlich gemacht – das würde ich ganz gerne bestätigen –, dass Sie die sogenannte Volksbefragung, die Sie als CSU eingeführt und hier durchgesetzt haben, die wir schon immer als enorm schwach empfunden haben, jetzt noch schwächer reden, als sie schon ist. Das heißt, Sie führen etwas ein und begründen gleich bei der ersten Möglichkeit, wie schwach das Mittel ist und wie wenig das Volk sagen kann.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Schlecht gemachtes Gesetz von der CSU!)

Drittens. Wenn Sie sagen, dass hier kein staatliches Handeln vorliege, dann halte ich das für bedenklich, gerade wenn man die Theorie des Staatenverbundes kennt. Es ist schon ein Problem, dass Sie, wenn von Regierungschefs etwas ausgehandelt wird, davon ausgehen, dass das, was die EU da macht, staatlichem Handeln völlig entzogen ist und nichts mehr mit staatlichem Handeln zu tun hat.

(Erwin Huber (CSU): Freistaat!)

– Ich weiß, Herr Huber, dass Sie den Begriff "Freistaat" gern im Mund führen. Aber auf die EU passt er nicht. Die EU ist kein Freistaat. Sie ist manchmal ein Freibeuter, aber kein Freistaat. Insofern halte ich das schon für problematisch, weil man versucht, das Handeln der EU jeder staatlichen Kontrolle und damit auch der Kontrolle der Bürger zu entziehen. Das halte ich verfassungsrechtlich für nicht zulässig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mechthilde Wittmann (CSU): Herr Kollege Piazzolo, dem ersten Teil Ihrer Zwischenbemerkung stimme ich ausdrücklich zu. Da sind wir uns, glaube ich, im Hause auch alle einig. Wir alle hätten es gerne etwas transparenter, und wir alle würden gerne die Dokumente einsehen können, um über sie kompetent reden zu können.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Warum machen Sie es dann nicht?)

Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Da kämpfen wir ja auch – Kollege Lammert beispielsweise – in Berlin Seite an Seite, damit wir Stück um Stück vorankommen und mehr Einblick nehmen können. Insoweit gibt es zwischen uns beiden überhaupt keine Differenz, was dies betrifft. Im Gegenteil sollten wir weiterhin mit einer Stimme aus Bayern sprechen, weil wir gemeinsam Einblick und, soweit möglich, Einfluss nehmen wollen. Das habe ich schon am Anfang meiner Ausführungen gesagt. Es wäre auch gut, wenn wir das tun und nicht über irgendwelche Umweganträge merkwürdige Schleifen ziehen würden.

Jetzt aber noch einmal zu dem Thema der Volksbefragung: Mit der Volksbefragung haben wir in Bayern eine Lücke geschlossen, die wir vorher hatten. Wir hatten nämlich auf kommunaler Ebene eine recht vernünftige und im Dialog zu führende Bürgerbeteiligung in verschiedenen Varianten bis hin zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Auf Landesebene aber hatten wir lediglich den Volksentscheid, der nur der Gesetzgebung offensteht. Mit der Volksbefragung haben wir ein weiteres Instrument geschaffen, mit dem wir die Bürger bei Vorhaben dieses Freistaates, unseres Staates, befragen

können. Genau darum geht es, und deswegen ist das, was Sie wollen, so leid es mir tut, verfassungsrechtlich schlicht nicht zulässig.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ach!)

Erneut stimme ich Ihnen aber zu, dass das Handeln der EU-Kommission natürlich nicht jeder bundesstaatlichen Einflussnahme entzogen sein sollte. Deswegen habe ich auch vorsichtshalber schon den zuständigen Minister zitiert, damit er Bescheid weiß und ihn die Kollegen auffordern können, die bundesstaatliche Einflussmöglichkeit so weit wie möglich geltend zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Frau Kollegin Stamm möchte noch eine Zwischenbemerkung machen.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Kollegin Wittmann, Sie wissen, ich schätze Sie sehr.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ein gefährlicher Beginn!)

Wir sind unlängst in Unterhaching zusammen auf einem Podium zum Thema TTIP gesessen. In diesem Raum hat es auf mich, auf den Rest des Raumes und auf die Presse so gewirkt, als wären unsere Positionen eigentlich deckungsgleich und als vertrete eher der SPD-Kollege eine abweichende Position. Deshalb möchte ich nachfragen, ob sich Ihre Meinung aufgrund von angeblichen Fortschritten bei den Verhandlungen geändert hat oder ob wir Sie alle damals im Raum missverstanden haben. Das würde ich ganz gern wissen.

Mechthilde Wittmann (CSU): Sehr verehrte Frau Kollegin Stamm, ich gebe die Wertschätzung gern zurück, darf Ihnen aber sagen: Wir haben uns weder damals missverstanden, noch ist ein Dissens erkennbar. Leider haben wir im Moment ein anderes Thema, und eine Redezeit von acht Minuten reicht nicht für sämtliche Freihandelsab-

kommen und die damit zusammenhängenden Themen. Aber ich stehe Ihnen gern einmal über Stunden mit meinen Argumenten zur Verfügung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh je!)

Eines will ich vorwegnehmen: Ja, es gibt Fortschritte in den Verhandlungen, nämlich bei dem Thema der Schiedsgerichtsbarkeit. Ich erläutere Ihnen das gerne einmal am Beispiel von UNCITRAL und ICSID und der bilateralen Verbindungen, die über WTO bereits rechtsverbindlich eingegangen worden sind und durch CETA einem solchen Einschnitt unterworfen wurden, dass die Regulatoren, die andere treffen können, deutlich geringer sind. Hier gibt es also ebenfalls einen Fortschritt.

In TTIP wollen wir das noch weitertreiben. Ich bin da auch etwas zuversichtlich. Ich sehe nach wie vor die Möglichkeit, vor allen Dingen aber auch die Notwendigkeit, dass wir Prosperität für Bayern brauchen. Aber ich bleibe dabei, dass wir das, was wir mit CETA erreicht haben – beispielsweise ein Verbot von Klonfleisch, Kontingente für Fleisch und Milch, damit die Landwirtschaft an diesem Punkt geschützt werden kann –, nicht nur in TTIP einfließen lassen müssen, sondern dass wir darüber auch weiter verhandeln müssen. Eine kritische Begleitung der Freihandelsabkommen wird immer bleiben. Aber ich lasse mir nicht vorschreiben, für oder gegen etwas zu sein, bevor ich den ausgehandelten Vertragstext kenne. Ich bin gerne bereit, dass wir uns dann noch einmal in den Clinch begeben und darüber sprechen, an welchem Punkt es nun hakt und ob wir zustimmen können oder nicht.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Jetzt hat der Kollege Pfaffmann für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege. – Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Allein diese empathische Debatte zeigt, wie stark dieses Thema die politische Willensbildung betrifft und wie sehr es die Menschen bewegt. Als diese Debatte vor einigen Jahren – übrigens auch von uns; das möchte ich schon betonen – durch einen ersten

Antrag auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt wurde, hätte ich mir gewünscht, dass die Zuständigen die Zeichen der Zeit erkannt und gesehen hätten, dass man ein solches Vorhaben keineswegs hinter dem Rücken aller Akteure, Parlamente, Menschen und NGOs durchführen kann. Aber genau das ist passiert, liebe Kolleginnen und Kollegen. Genau deswegen stehen wir heute an diesem Punkt.

Ich bin der festen Überzeugung: Mit einer von Anfang an guten Transparenz, liebe Frau Wittmann, hätte man über Inhalte reden können. Aber jetzt ist die Zeit abgelaufen. Was derzeit passiert, ist nichts anderes als der Versuch, eine neoliberale Wirtschaftspolitik zu institutionalisieren und umzusetzen. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist mit uns auch nicht mit Volksbefragungen – dafür oder dagegen – zu machen. Es geht um ein Thema von grundsätzlicher politischer Bedeutung. Wir wollen einen neoliberalen Wahnsinn gerade deswegen nicht in die Handelspolitik einführen, weil wir wissen, dass die Handelspolitik durchaus auch ein Thema der internationalen Flüchtlingsfrage ist, die wir heute diskutieren. Deswegen kommt das für uns nicht infrage.

Außerdem habe ich den Eindruck, dass sich in der Diskussion in Brüssel nicht die Vernünftigen durchgesetzt haben, sondern ein Heer von Lobbyisten. Hier wird ein Abkommen der Lobbyisten geschlossen, aber kein Abkommen derjenigen, die für Ordnung im internationalen Handel sorgen. Auch deswegen lehnen wir die Abkommen in der derzeitigen Form ab, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen es nicht akzeptieren, dass der Versuch unternommen wird, durch die Schiedsgerichte eine Paralleljustiz einzuführen und somit ein bewährtes Justizsystem hier in Europa ad absurdum zu führen. Es kann nicht akzeptiert werden, dass Rechtsanwälte, seien sie gut oder schlecht, darüber zu entscheiden haben, ob sozusagen die Großen und die Mächtigen dieser Welt entschädigt werden, wenn sie Investitionen

nicht gewinnbringend umgesetzt haben. Das ist mit uns nicht zu machen. Das ist sozusagen die Legitimierung einer Paralleljustiz. Deswegen lehnen wir das Abkommen derzeit ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hier wird nicht für Recht und Ordnung auf dem internationalen Handelsmarkt gesorgt, meine Damen und Herren. Hier wird ein Markt der Mächtigen installiert. Ein Markt der Mächtigen geht immer zulasten der Menschen, und aus diesem Grund können wir derzeit nicht zustimmen. Das geht weder mit noch ohne Beteiligung der Bevölkerung; das geht überhaupt nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines muss Sie als Parlamentarier doch bewegen: Was hier abläuft, ist ein Angriff auf die Gesetzgebungskompetenzen der Parlamente in diesem Land. Auch das ist ein Grund, das Abkommen abzulehnen. Es kann nicht sein, dass mit verschwurbelten Formulierungen wie "regulatorische Kooperation" dafür gesorgt wird, dass Gesetze, die in den Parlamenten dieses Landes demokratisch zustande gekommen sind, nicht mehr zählen, wenn es um den Schutz der Interessen der Mächtigen in diesem Land geht. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde gerne inhaltlich darüber reden, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Handelsabkommen der neuen Generation geregelt werden können, nämlich indem man Arbeitnehmerrechte schützt und aufnimmt, indem man Standards unterstützt und fest schreibt, indem man Verbraucherschutzstandards fest schreibt, indem man fest schreibt, dass wir Abkommen schließen, die auch den Menschen nützen, dass wir Abkommen schließen, die nicht Drittländer in der internationalen Handelspolitik vom internationalen Handel abhängen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber würde ich gerne reden. Diese Abkommen in ihrer derzeitigen Fassung machen aber genau das Gegenteil: Sie schützen nicht Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sie führen nicht

eine Gleichberechtigung der Länder ein, sondern sie schaffen einen Markt der Mächtigen. Da wollen wir nicht mitmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen sehr, wenn diese Handelsabkommen auch unter dem Eindruck der bundesweiten und der europaweiten Diskussionen weiterverhandelt werden. Das begrüßen wir. Wenn in Zukunft Abkommen vorgelegt werden, die die sozialen Grundsätze, die gerechten und solidarischen Standards zumindest nach der Vorstellung der Sozialdemokratie berücksichtigen, können wir erneut über diese Frage reden. Liebe Frau Wittmann, glauben Sie mir: Das sage ich auch gerne unserem Bundeswirtschaftsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil das ein Herzensanliegen ist. Deswegen habe ich da überhaupt keine Probleme.

Liebe Margarete Bause, wir werden uns beim Antrag der GRÜNEN aus einem ganz einfachen Grund enthalten: Derzeit gibt es keine Fassung von TTIP und TiSA. Deswegen ist der Antragstext so nicht richtig. Es gibt lediglich Arbeitspapiere. Insofern werden wir uns enthalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre schön, wenn sich das Parlament der Strategie und dem Versuch, ein gerechtes Handelsabkommen zu schaffen, anschließen würde und nicht dem Mainstream der Märkte, den Lobbyisten, den Mächten, sei es in Brüssel oder sonst wo, hinterherliefe. Das wäre ein vernünftiges politisches Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Pfaffmann, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Kollege Huber hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): Lieber Kollege, Ihre Bemerkungen veranlassen eine Ergänzung, die ich gerne für Sie vornehme. Erstens. Der Parteirat der SPD hat TTIP grundsätzlich mit einigen Ergänzungen zugestimmt. Würden Sie dies bitte dem Hohen Haus auch

mitteilen? Was Sie hier vertreten, ist eine absolute Außenseiterposition, auch innerhalb der SPD. Wie oft aber befindet sich die SPD Bayerns in einer Außenseiterposition in der gesamten SPD!

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Völliger Quatsch! Ihr wollt die Grenzen dichtmachen und unsere Wirtschaft dadurch kaputt machen!)

Darum werden Sie sich demnächst von oben kommend der 15-Prozent-Grenze nähern.

Zweitens. Sie sind zu lebhaft gegen Schiedsgerichte als Nebengerichtsbarkeit. Darf ich dem Hohen Hause und Ihnen sagen, dass die Bundesrepublik Deutschland, als sie noch für diesen Bereich zuständig war, 130 Handelsabkommen mit eben solchen Schiedsgerichten abgeschlossen hat? Das heißt also: Was Deutschland in diesen Handelsabkommen eigentlich erfunden hat, kann nicht auf einmal die Hölle sein. Auch SPD-Finanz- und -Wirtschaftsminister haben in der Vergangenheit solchen Abkommen unter diesen Bedingungen zugestimmt. Was wir wollen, ist eine Verbesserung, aber nicht eine Verschlechterung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Drittens. Wenn Sie sagen, dass das Ganze nur ein Werk von Lobbyisten sei, scheint Ihnen entgangen zu sein, dass der Ursprung ein Beschluss von 28 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ist. Das heißt, das ist gar nicht von den Amerikanern ausgegangen, sondern war ein besonderer Wunsch der Europäer. Da die Außenhandelspolitik in der Zuständigkeit der Europäischen Union liegt, haben die 28 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union die Kommission einstimmig beauftragt, Verhandlungen unter dem besonderen Aspekt zu führen – das ist genau das, was Sie beklagen –, Standards für einen weltweiten Handelsverkehr einzuführen, die auch ein Pilotprojekt für andere Abschlüsse darstellen. Das Greuelmärchen, das Sie hier vortragen, liegt jenseits der Realität.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben das Wort.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lieber Herr Huber, zunächst darf ich Sie berichtigen. Wir vertreten keine Außenseiterposition, sondern wir vertreten in der Sache Handelsabkommen die große Mehrheit der Bevölkerung und im Gegensatz zu Ihnen die Interessen der Menschen in diesem Lande. Das als Erstes.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Sie haben gesagt, die Zustimmung zu TTIP oder zu den Handelsabkommen wäre ein Parteiratsbeschluss der SPD. Sie sollten die Texte der SPD aufmerksam lesen; dann wäre Ihnen nämlich aufgefallen, dass dies ein Parteiratsbeschluss ist, der klare rote Linien festlegt – übrigens hat dem der Europaausschuss Ihrer Fraktion auch zugestimmt –, und diese roten Linien sind in den derzeitigen Papieren zu den Handelsabkommen bei Weitem überschritten. Genau deswegen stimmen wir nicht zu.

Ich sage Ihnen: Es stimmt schon, dass die Kommission von den europäischen Ländern den Auftrag bekommen hat, Standards und Handelsabkommen abzuschließen. Das stellt auch niemand in Abrede. Kein Mensch stellt das in Abrede. Die Länder haben aber die Kommission sicher nicht beauftragt, Geheimverhandlungen zu führen, die kein Mensch mehr überblicken kann und bei denen kein Mensch das Recht hatte, sie zu begleiten. Das war nicht der Auftrag.

(Beifall bei der SPD)

Wenn von Anfang an Transparenz hergestellt worden wäre, würden wir in der Tat anders diskutieren. Das war aber nicht der Fall. Der Versuch, im Geheimen ein internationales Handelsabkommen abzuschließen, lässt den Schluss zu, Herr Huber, dass mehr dahintersteckt, als Standards zu setzen. Er lässt nämlich den Schluss zu, dass

man ganz andere Interessen verfolgt, nämlich – und da bleibe ich dabei – die Interessen der Mächtigen dieser Welt, nicht die Interessen der Bevölkerung dieser Welt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Mütze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! CETA – und darum geht es heute – ist falsch. CETA ist wie die große Schwester TTIP undemokratisch entstanden, überflüssig und sogar gefährlich; undemokratisch deshalb, weil wir als Parlamentarier nur einen endverhandelten Vertrag – dieser liegt jetzt schon vor – abnicken oder ablehnen können, das heißt: Friss oder stirb! Überflüssig ist CETA deswegen, weil es eben die Schiedsgerichte beinhaltet, lieber Herr Vorsitzender Huber, die wir doch alle so ablehnen. Es sind nicht die veränderten Schiedsgerichte, die in CETA zur Abstimmung stehen – es sind die alten Schiedsgerichte, die alle ablehnen. Ich wundere mich schon, dass Sie das einfach so hinnehmen; denn klar ist: Wir brauchen keine Paralleljustiz. Der Deutsche Richterbund und die Europäische Richtervereinigung sagen ganz klar: Das ist eine Paralleljustiz, die wir nicht akzeptieren können;

(Beifall bei den GRÜNEN)

wir können nicht akzeptieren, dass es Richter gibt, die auch noch schlecht bezahlt sind und sich damit in einem gefährlichen Terrain bewegen, die Parallelurteile sprechen.

Es ist interessant zu sehen, dass, wie die SPD, auch die CSU rote Linien gezogen hat, Frau Wittmann, nämlich zur Gentechnik, zur Daseinsvorsorge und bei der Landwirtschaft. Wie sieht es denn bei CETA aus? Was sagt denn CETA zur Gentechnik? CETA sagt – das wissen wir –, dass die regulatorische Kooperation eine weitere Ver-

einbarung zum Einsatz von gentechnisch veränderten Produkten erlaubt, ganz klar. Was ist mit der Daseinsvorsorge? Die Investitionsschutzklauseln sorgen dafür, dass Wasserver- und -entsorgung und die Gesundheitsvorsorge in Gefahr geraten können. Wenn das nicht Daseinsvorsorge ist, weiß ich nicht, was sonst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Landwirtschaft ist das ganz klar. CETA legt – Sie haben es selber bestätigt, Kollegin Wittmann – definitiv Kontingente bei Fleisch und Milch fest. Wir sind der größte Fleischproduzent in der EU. Da frage ich Sie, ob wir denn nicht genügend Fleischprodukte haben. Wohin exportieren wir diese inzwischen? – Nach Afrika, und dort zerstören wir die Wirtschaft vor Ort noch stärker, als es bisher der Fall ist.

Haben wir nicht genügend Milch? Haben die Milchbauern denn nicht inzwischen Schwierigkeiten, ihre Arbeit weiterzuführen, weil die Milchpreise immer weiter absinken? Auch von Milchkontingenten ist in CETA die Rede. Das nicken Sie so einfach ab und sagen: Immerhin bekommen wir dann kein Klonfleisch. Das ist der einzige Vorteil, den Sie aus CETA ziehen.

Die zwei großen Nachteile, die CETA beinhaltet, wollen Sie einfach nicht wahrnehmen. Auch der Bauernverband will das nicht, sonst würde er lauter schreien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus all diesen Gründen müsste eigentlich unser Antrag, der in all diesen Fragen klar Position bezieht, vom ganzen Hohen Hause Zustimmung erfahren. Unser Antrag gibt Ihnen die Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich klar zu positionieren und zu sagen, was mit CETA geschehen muss. Dieses CETA kann keine Lösung für Europa in den Verhandlungen mit Kanada sein.

Nun komme ich zu den Anträgen von SPD und FREIEN WÄHLERN. Inhaltlich bin ich da ganz bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Allerdings bedienen Sie sich in beiden Anträgen eines Mittels, das Sie gleichzeitig beklagen. Sie klagen gegen die

Volksbefragung. Diese Volksbefragung ist unverbindlich, undemokratisch und hat null Wirkung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie klagen dagegen vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof. Ich frage mich, ob Sie mit den beiden Anträgen vielleicht Ihre Position vor Gericht schwächen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Lesen Sie doch Ihren eigenen Antrag!)

Das Gericht wird sagen: Liebe Leute, Sie sagen mit Ihrem Antrag, dass Sie das haben wollen; wieso lehnen Sie das jetzt ab? Sie schwächen also, wie gesagt, Ihre Position vor Gericht, ohne dass dies notwendig wäre.

(Erwin Huber (CSU): Sehr klug!)

– Herr Huber, ich weiß, dass das jetzt keine Ironie von Ihnen ist, sondern dass Sie es ernst meinen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es ist immer gut, gelobt zu werden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, inhaltlich unterstützen wir Ihre Anträge sehr wohl. Wir erkennen die Zielrichtung. Aber es kann nicht sein, dass Sie einerseits das Volk über etwas befragen wollen und andererseits das Ergebnis gegenüber der Staatsregierung offenlassen. Das kann es nicht sein. Sie wollen das Richtige, aber es gibt eben kein Recht im Unrecht. Deshalb bitte ich Sie, mit uns gegen CETA ohne Wenn und Aber zu stimmen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke sehr, Herr Kollege. – Als Letzter hat der Kollege Häusler von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Spricht die Regierung nicht dazu? Das kann nicht wahr sein, Frau Ministerin!)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der FREIEN WÄHLER zielt in ihrem Dringlichkeitsantrag explizit darauf ab, diese internationalen Freihandelsabkommen der bayerischen Bevölkerung umfassend zu erläutern und sie dann in der Form ihrer Koalitionsabstimmung in die Entscheidungsfindung miteinzubinden. Das ist im Grunde ein ganz normaler Anspruch, den auch der Ministerpräsident letztendlich immer wieder für sich in Anspruch nimmt.

CETA soll noch in diesem Jahr vom Rat dem Europäischen Parlament zugeleitet und anschließend durch den Bundesrat ratifiziert werden. CETA ist – ich glaube, da sind wir uns alle einig – eine Blaupause von TTIP, das nach Aussagen der EU-Außenhandelskommissarin noch in diesem Jahr ausgehandelt werden soll. Bei CETA gehen wir von einem gemischten Abkommen aus, das der Zustimmung der Ländervertretung bedarf.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deshalb beziehen wir uns auch auf die Aussage des Rates, dass man nur einem gemischten CETA-Abkommen zustimmen würde. Insofern steht der Volksbefragung diesbezüglich nichts im Wege, und die Regierung ist auch nicht gehalten, die Meinung des bayerischen Volkes letztendlich anzuerkennen. Sie kann aber sehr wohl der Empfehlung des bayerischen Volkes folgen, und das ist entsprechend ernst zu nehmen.

Heribert Prantl schreibt in der Ausgabe der "SZ" vom 10. Mai 2014 im Zusammenhang mit diesem Freihandelsabkommen von einem heimlichen Staatsstreich. So weit also werden dessen Auswirkungen eingeschätzt.

Ich denke, es geht um die Gesamtabwägung. Verschiedene Studien wie die des ifo Instituts, der Bertelsmann Stiftung und anderer prognostizieren bei CETA beispielsweise bei unserer deutschen Landwirtschaft einen Wertschöpfungsrückgang von 0,7 %, während gleichzeitig die US-Agrarexporte um 5,5 Milliarden ansteigen. Das betrifft ins-

besondere Schweine und Geflügel. Wir sind uns doch sicherlich einig, dass wir hier bereits heute deutliche Überproduktionen haben.

Gleichzeitig wird ein Rückgang der EU-Exportquote, des Brutto-Inlandprodukts und des Realeinkommens im unteren Einkommensbereich in Deutschland durch TTIP und CETA vorhergesagt. Innerhalb der EU werden dieser Studie zufolge 600.000 Arbeitsplätze dem transnationalen Freihandelsabkommen zum Opfer fallen.

Nun komme ich zu Ihnen, Frau Kollegin Wittmann. Auch die Wirtschaft ist in der Bewertung von TTIP und CETA völlig gespalten. Nur ein Viertel der kleinen und mittleren Unternehmen sieht laut der Forsa-Umfrage Vorteile bei diesen transatlantischen Abkommen, Dreiviertel lehnen sie ab.

Der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft lehnt den Investitionsschutz gänzlich ab. Insofern ist dies ein ganz wesentlicher Punkt für unsere mittelständische Wirtschaft und unsere Landwirtschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das entscheidende Kriterium bei dieser Abwägung pro und contra ist das Schiedsverfahren ISDS, das im NAFTA-Freihandelsabkommen bereits Anwendung fand. Wir wissen, welche verheerende Wirkung das insbesondere auf die Entwicklungsländer hat.

Dieses Verfahren ist aber fester Bestandteil bei CETA.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es soll nach dem Willen der Europäer in TTIP durch ein TTIP-Investitionsgericht ICS ersetzt werden, allerdings gegen den erbitterten Widerstand der Amerikaner, was, glaube ich, inzwischen auch schon bekannt ist. Sowohl ISDS als auch ICS hebeln die demokratischen Grundrechte aus und verleihen internationalen Konzernen die Legitimität, die Regierungen in Milliardenhöhe zu verklagen. Kollege Mütze hat es darge-

stellt. Der Deutsche Richterbund hat eine klare Aussage dazu gemacht. Ich glaube, das braucht keine weitere Beurteilung.

Ecuador ist zum Beispiel bis auf 3 % des Bruttosozialproduktes zu Schadensersatzverpflichtungen herangezogen worden. Die Erfahrung sagt uns, dass nur gewisse Eliten davon profitieren werden. Deshalb sollten wir die Amerikaner nicht in die Lage versetzen, durch die CETA-Hintertüre amerikanische Unternehmen am Markt besser zu platzieren, sodass diese letzten Endes auch Lizenzen einklagen können. Ich glaube, all das reicht an Argumenten aus, unserem Antrag Folge zu leisten und das bayerische Volk um seine Beurteilung zu bitten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Kollege Häusler, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Kollege Gehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege Gehring, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Häusler, dieses Thema wird auf den verschiedensten politischen Ebenen diskutiert und entschieden. Sie sehen ja schon die Situation bei der SPD, wo der Bundeswirtschaftsminister eine andere Position vertritt. Die FREIEN WÄHLER sind bis auf eines in keinem weiteren Parlament vertreten, sodass deren Position im Grunde irrelevant ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt aber immerhin eine Vertreterin der FREIEN WÄHLER im Europaparlament. Das ist das Parlament, auf dessen Entscheidung es ankommt. Ich spreche von der Kollegin Müller, unserer ehemaligen Landtagskollegin. Sie hat CETA zugestimmt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Stimmt gar nicht! Rote Linie!)

Vielleicht können Sie uns erklären, wie das zu Ihrem fulminanten Antrag passt und ob man nicht eigentlich sagen müsste, die FREIEN WÄHLER reden in Europa, wo es darauf ankommt, so, im Landtag, wo es nicht darauf ankommt, anders.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke sehr, Herr Kollege. – Herr Kollege Häusler, Sie haben das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Es ist richtig, die FREIEN WÄHLER sind in zwei Landesparlamenten vertreten, nämlich in Bayern und in Brandenburg. Die Kollegin Müller hat damals, als es in Brüssel um die roten Linien der Verhandlungsführung ging, gesagt: Wenn diese Linien nicht überschritten werden, kann ich zustimmen. Mittlerweile sehen wir, dass bei CETA diese Linien überschritten sind. Die Kollegin Müller hat das dann sehr deutlich gemacht, und in der letzten Abstimmung dagegen gestimmt. So viel zur einheitlichen Haltung der FREIEN WÄHLER in der Abstimmungssituation.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat sich noch mal der Kollege Pfaffmann von der SPD gemeldet. Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident! Die Debatte hat gezeigt, wie wichtig dieses Thema ist. Tausende, Hunderttausende von Menschen gehen auf die Straßen. Wir diskutieren über einschlägige Dringlichkeitsanträge. In Europa wird dieses Thema sehr hochgehalten. Ich stelle fest: Die Einzigen, die am heutigen Tag der Auseinandersetzung keine Stellungnahme abgeben, sind die Vertreter der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Es ist doch wirklich erbärmlich, dass sich hier keiner von der Staatsregierung bemüht fühlt, an das Mikrofon zu treten und die klare Haltung der Staatsregierung einmal deutlich zu machen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Welche klare Haltung?)

Hier sitzt die Wirtschaftsministerin. Hier sitzt die Europaministerin.

(Widerspruch bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Nicht mehr!)

– Nicht mehr.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Angesichts der Bedeutung dieses Themas ist es wirklich eine Bankrotterklärung, wenn die Staatsregierung hier keine Meinung hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Zuruf: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Für alle drei Dringlichkeitsanträge, über die abzustimmen ist, ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich halte mich an die Reihenfolge, in der die Dringlichkeitsanträge in der Anlage zur Tagesordnung aufgeführt sind. Ich werde für die erste namentliche Abstimmung fünf Minuten geben, für die zwei weiteren jeweils drei Minuten.

Ich komme zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/10003. Das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich eröffne die

namentliche Abstimmung. Die Abstimmungsorte sind bekannt. Dafür sind fünf Minuten vorgesehen. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 15.22 bis 15.27 Uhr)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe den ersten Abstimmungsvorgang. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ausgezählt und dann hier zu gegebener Zeit bekannt gegeben.

Ich eröffne den nächsten Abstimmungsvorgang. Abgestimmt wird über den Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/10028.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich eröffne die Abstimmung. Dafür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 15.28 bis 15.31 Uhr)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales festzustellen. Es wird zu gegebener Zeit bekannt gegeben.

Ich eröffne den nächsten Abstimmungsvorgang. Abgestimmt wird über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/10029. Die Abstimmung ist eröffnet. Auch dafür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 15.32 bis 15.35 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird zu gegebener Zeit nicht nur ermittelt, sondern auch hier bekannt gegeben. – Bevor ich mit der nächsten Dringlichkeit fortfahre, habe ich noch zwei Bemerkungen zu machen.

(Unruhe)

– Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir zu einem geordneten Beratungsgang kommen. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie noch über die Ergebnisse der turnusmäßigen Vorstandswahlen bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN informieren. Als stellvertretende Vorsitzende wurde Frau Kollegin Gisela Sengl neu gewählt. In ihren Ämtern bestätigt wurden die beiden Fraktionsvorsitzenden Margarete Bause und Ludwig Hartmann, die stellvertretende Vorsitzende Katharina Schulze sowie der Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Gehring. Ich wünsche ihnen allen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und weiterhin viel Erfolg für ihre parlamentarische Arbeit. Herr Kollege Hartmann, bitte übermitteln Sie das den übrigen Kollegen, die jetzt gemeint waren.

(Allgemeiner Beifall)

Dann habe ich noch einen zweiten Tatbestand mitzuteilen. Ich begrüße auf der Besuchertribüne den Vorsitzenden des Bayerischen Trachtenverbandes Max Bertl mit seiner Delegation. Herzlich willkommen hier im Bayerischen Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nun habe ich noch die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung zum Komplex TTIP bekannt zu geben, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Häusler und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Volksbefragung zu Freihandelsabkommen – Keine Zustimmung Bayerns zu TTIP, CETA und TiSA ohne Zustimmung der bayerischen Bevölkerung!", Drucksache 17/10003. Mit Ja haben gestimmt 16, mit Nein haben gestimmt 99; es gab 38 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Mütze und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN) betreffend "TTIP, CETA, TiSA ablehnen" auf Drucksache 17/10028 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 31, mit Nein 82, Stimmenthaltungen: 37. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich komme zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Pfaffmann, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "CETA ablehnen – Transparenz herstellen – Bevölkerung beteiligen" auf Drucksache 17/10029 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 54, mit Nein 96, keine Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 17.02.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Volksbefragung zu Freihandelsabkommen - Keine Zustimmung Bayerns im Bundesrat zu TTIP, CETA und TISA ohne Zustimmung der bayerischen Bevölkerung! (Drucksache 17/10003)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst			X	Glauber Thorsten			
Aures Inge			X	Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin			
Bauer Volker		X		Güller Harald			X
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar				Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann			X	Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid			
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian			X	Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra			X
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang				Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina			X	Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus			X	Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette			X
Füracker Albert		X		Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther			X
Ganserer Markus		X		König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X	Kohnen Natascha	X		X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			X
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth			X
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			X
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			X
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	16	99	38

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 17.02.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; TTIP, CETA, TiSA ablehnen (Drucksache 17/10028)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten			
Aures Inge			X	Dr. Goppel Thomas		X	
Bachhuber Martin		X		Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gottstein Eva	X		
Bauer Volker		X		Güll Martin			
Baumgärtner Jürgen				Güller Harald			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar				Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann			X	Hanisch Joachim			
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid			
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian			X	Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin				Hiersemann Alexandra			X
Dettenhöfer Petra		X		Hintersberger Johannes		X	
Dorow Alex				Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard		X	
Eck Gerhard				Huber Erwin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Marcel		X	
Eisenreich Georg		X		Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang				Huber Thomas			
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Fehlner Martina			X	Huml Melanie		X	
Felbinger Günther	X			Imhof Hermann		X	
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Förster Linus			X	Kamm Christine	X		
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette			X
Ganserer Markus	X			Kirchner Sandro		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X	Knoblauch Günther			X
				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			X
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth			X
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			X
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			X
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	31	82	37

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 17.02.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; CETA ablehnen - Transparenz herstellen - Bevölkerung beteiligen (Drucksache 17/10029)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar			
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang			
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander			
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	54	96	0